

BAYERN

Die Zeitung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

2/2016

bayernspd-landtag.de



Foto: fotolia - Andreas P.

Urlaub für alle!

SPD will mehr Unterstützung für arme Familien

VON CARO ARNS

Ferien und Urlaub sind nicht nur für Kinder die schönste Zeit des Jahres. Leider ein Privileg, das nicht für alle Familien in Bayern möglich ist. Viele knapsen das ganze Jahr über an allen Ecken und Enden, um bei Schulmaterial, Kleidung und oft genug auch Essen einigermaßen über die Runden zu kommen. Für einen Sommerurlaub ist kein Geld da – oft ist bereits ein gemeinsamer Tag im Freizeitpark eine Kostenkatastrophe. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung hat im letzten Jahr gezeigt, dass 76 Prozent aller Kinder aus Hartz-IV-Familien in Deutschland Urlaub nur aus der Werbung kennen.

Doch Erholung ist wichtig – für gestresste Schulkinder sowieso, aber auch für den Zusammenhalt und das seelische Gleichgewicht aller Familienmitglieder. Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

fordert, dass Tourismus in Bayern nicht nur auf Gut- und Besserverdienende ausgerichtet werden darf: In den Bergen kraxeln, in die Seen hüpfen und die wunderschöne Natur genießen sollte kein unbezahlbarer Luxus sein! „Bayern muss ein Urlaubsland für alle bleiben“, betont Martina Fehlner, Tourismusexpertin der Fraktion. „Was wir brauchen, sind deshalb entsprechende Angebote von wirklich bezahlbaren Jugend- und Familienerholungseinrichtungen und eine echte Unterstützung für Familien mit knappem Geldbeutel.“

Eine solche Urlaubsförderung hat Bayern zwar bereits, aber sie ist ein beliebtes Sparopfer der Staatsregierung. In den letzten zehn Jahren sank sie um neun Prozent. „Es ist bedauerlich, wie egal dem bayerischen Sozialministerium ganz offensichtlich ärmere Familien sind“, kritisiert Fraktionschef Markus Rinders-

pacher, der die Zahlen beim Sozialministerium selbst erfragt hat. „2010 wurden noch 801 Familien unterstützt – 2015 nur noch 589.“ Familienurlaube sind aber zunehmend nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine organisatorische Herausforderung: „Bei durchschnittlich 29 Urlaubstagen pro Arbeitnehmer und 100 Ferientagen pro Kind ist gemeinsames Urlaubsmachen für viele Eltern schlichtweg nicht realisierbar, wenn es keinen Hortplatz und keine Großeltern in der Nähe gibt“, betont die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Doris Rauscher. „Eltern müssen sich ihre Urlaubstage sehr genau einteilen und können gemeinsame Unternehmungen mit der ganzen Familie oft genug vergessen. 100.000 Familien in Bayern, die keinen Hortplatz haben, sind davon betroffen, dass sich die Staatsregierung hier einen schlanken Fuß macht.“

Familien wollen G9 zurück

Über 90 Prozent der Gymnasialisten und ihrer Eltern haben sich für das kommende Schuljahr für die Mittelstufe Plus angemeldet. Das zeigt eine Anfrage des Vorsitzenden des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag Martin Güll. Dieses zusätzliche Schuljahr ist bislang nur ein Pilotprojekt an 47 Schulen, um zu schauen, wie hoch der Zuspruch zum G9 ist. „Die Aussage ist klar: Die Eltern wünschen sich mehr Zeit zum Lernen für ihre Kinder“, stellt Güll fest. Als Konsequenz fordert er, allen bayerischen Gymnasien die Möglichkeit für eine neunjährige Schulzeit einzuräumen und ein fundiertes Konzept für ein modernes G9 zu erarbeiten.

Pflege – die Not ist groß

Die neue sozialpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion Doris Rauscher fordert starke Verbesserungen im Pflegebereich: „Die Not ist groß! Wir brauchen endlich genügend Pflegekräfte, um die Menschen angemessen zu versorgen.“ Notwendig seien u. a. eine bessere Bezahlung, eine Entbürokratisierung der Dokumentationspflicht und kostenfreie Fortbildungsangebote. Auch pflegende Angehörige bräuchten mehr Unterstützung, unterstreicht Rauscher.

Inhalt

Ganztagschulen	2
Integration in Bayern	3
EM: Interview mit DFB-Vize	5
Supermarktsterben	6
Personalnot bei der Polizei	7
500 Jahre Bayerisches Bier	8



Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Türken müssen draußen bleiben?

Geht es nach der CSU, haben künftig nicht mehr alle Ausländer gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Einrichtungen. Nach dem sogenannten Schwimmbadparagrafen ihres Integrationsgesetzes müssen Amerikaner, Araber oder Afrikaner als Ausländer aus Nicht-EU-Ländern künftig erst beim Bademeister vorsprechen und gewissermaßen einen Eid auf die Schwimmbadsatzung schwören.

Der islamistische Franzose, der bereits an Terrorakten teilgenommen hat, darf laut CSU-Gesetz ohne Nachfragen rein, der ist ja schließlich Europäer. Aber der gut integrierte Türke, der seit 50 Jahren brav seine Steuern zahlt und bei der freiwilligen Dorffirewehr mit anpackt, der wiederum wird an der Schwimmbadpforte unter Generalverdacht gestellt. Das ist irre! Und verfassungswidrig.

So wie dieser Paragraf ist der gesamte Gesetzentwurf der Regierung ausgrenzend statt integrierend. Da geht es um eine diffuse Leitkultur, die irgendwo zwischen der zweiten Fischsemmel und dem dritten Weißbier angesiedelt ist. So wird das nix mit der Integration.

Ja, Migranten müssen bereit sein, eine offene Gesellschaft nach dem Grundgesetz mitzugestalten. Unsere Verfassung bietet breiten Raum für kulturelle Vielfalt, sie sichert die Freiheit des Glaubens, die Gleichberechtigung von Mann und Frau – und sie garantiert die Rechte von Minderheiten.

SPD kürt Dokumentarfilm-Nachwuchs im Bayerischen Landtag

DAS ANDERE SEHEN – das war das Motto des zweiten Dokumentarfilmwettbewerbs der SPD-Landtagsfraktion. Die kulturpolitische Sprecherin Isabell Zacharias hatte gemeinsam mit DOK.education, dem Kinder- und Jugendprogramm des DOK.fest München, Jugendliche und junge Erwachsene aus Bayern dazu aufgerufen, mitzumachen. Der Wettbewerb stieß auf überwältigende Resonanz. Die Jury, bestehend aus Isabel Berghofer-Thomas (Kreisjugendring München-Stadt), Thomas Kupser (Medienzentrum München), Noel Krää (Filmemacher) und Maya Reichert (DOK.education), hatte es enorm schwer, die drei Siegerfilme aus den 35 Einsendungen zu bestimmen. Gewonnen haben Viktor Schimpf und Annika Sehn mit „Utopie der Unterschiede“, einem Film über das Auflösen der Kategorien Mann und Frau. Der zweite Platz ging an Jonathan Gentz und Victor Sattler für „A

man's road“, in dem ein 96-jähriger ehemaliger Portier des Hotels Bayerischer Hof auf sein bewegendes Leben zurückblickt. Dritter wurde Moritz Spender, der 14-Jährige porträtiert eine der letzten Überlebenden des Ghettos Theresienstadt in Prag. Ein Sonderpreis für einen Film über die Integration junger Flüchtlinge wurde vom Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband (BLLV) gestiftet.

Daniel Sponzel, künstlerischer Leiter des DOK.fest, unterstrich den Stellenwert des Wettbewerbs: „Ein Preis wie dieser spornt an, sich mit dem Thema Film, speziell Dokumentarfilm, zu beschäftigen.“ Die jungen Filmschaffenden hatten während des Dokumentarfilm-Wettbewerbs außerdem die Gelegenheit, kostenlos an Film-Workshops teilzunehmen, in Kooperation mit der Hochschule für Fernsehen und Film München und verschiedener Medienzentren.



Die Preisträger mit der SPD-Abgeordneten Isabell Zacharias (ganz rechts im Bild)

Ganztagschulen: Nur mit Rechtsanspruch tut sich etwas

Die BayernSPD-Landtagsfraktion kämpft für einen Rechtsanspruch auf einen offenen oder gebundenen Ganztagschulplatz bis zur 10. Klasse. Eine Ganztagschulpflicht soll es nicht geben. „Nur ein Rechtsanspruch bewirkt, dass es bald mehr Ganztagschulplätze gibt“, erklärt die Bildungspolitikerin und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Simone Strohmayer. „Wir haben das am Beispiel der Krippenplätze gesehen. Da wurden die Anstrengungen auch erst verstärkt, nachdem Eltern ein einklagbares Recht auf einen Platz hatten.“ Ganztagschulplätze seien ein Gewinn für die Bildung, eine Voraussetzung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie ein un-

verzichtbarer Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern, sagt Strohmayer. „Ich bin daher sehr enttäuscht, dass die CSU unseren Gesetzentwurf zum Rechtsanspruch abgelehnt und damit auch ihr Wahlversprechen bricht, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz zu schaffen.“ Die SPD werde nicht zulassen, dass Bayern weiterhin bundesweit die wenigsten Ganztagschulplätze anbietet, so Strohmayer.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende will auch die Betreuung der Kinder in den Ferien und den sogenannten „Randzeiten“, also nach dem regulären Dienstschluss, verbessern.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Mit der Einigung der Bundesregierung über Verbesserungen für Leiharbeiter hat die SPD ein wichtiges Ziel im Kampf für mehr Gerechtigkeit erreicht. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Angelika Weikert, betont: „Uns geht es um gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Es ist nicht einzusehen, dass Leiharbeiter bislang deutlich weniger verdienen als die Stammbeslegschaft. Das ist eine Frage der Fairness.“ Künftig soll in allen Firmen nach neun Monaten ein gesetzlicher Anspruch auf gleiche Entlohnung gelten.

Auszeichnung für sudetendeutsche Sozialdemokratin

Bei einem Besuch der SPD-Landtagsfraktion in München hat Tschechiens Premierminister Bohuslav Sobotka die sudetendeutsche Sozialdemokratin Olga Sippl ausgezeichnet. Er bewunderte die 95-Jährige als „Brückenbauerin“. Der vertriebenenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Volkmar Halbleib, sagte: „Wir freuen uns sehr, dass Bayern und Tschechien heute in wachsender politischer und menschlicher Freundschaft verbunden sind.“



Olga Sippl bei der Preisverleihung

Impressum

Herausgeber
BayernSPD-Landtagsfraktion
Vorsitzender Markus Rinderspacher
und stv. Vorsitzender
Hans-Ulrich Pfaffmann
Maximilianeum
81627 München

Redaktion
Ulrich Meyer (V.i.S.d.P.),
Caro Arns, Felix Hälbich,
Gudrun Rapke, Markus Hautmann
Telefon: 089 - 4126 2347
E-Mail: zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion
Pressestelle
Maximilianeum
81627 München

Layout
shot one GmbH

Druck
NetworkMedia GmbH

„Integration in Bayern aktiv gestalten“

SPD-Integrations Sprecher Tasdelen über die neue Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag

Auf Initiative der SPD-Fraktion wird der Landtag eine Enquete-Kommission zur Integration in Bayern einrichten. Sie soll aller Voraussicht nach bis Anfang Juli vom Landtag beschlossen werden. Wir haben mit dem Integrations Sprecher der SPD-Fraktion Arif Tasdelen über das Thema gesprochen.

Bayern: Warum ist eine Enquete-Kommission zur Integration in Bayern gerade jetzt notwendig?

Tasdelen: Bayern war schon immer ein Ort des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und kultureller Prägung. Aber durch den Zuzug der vielen Menschen mit Fluchtgeschichte insbesondere im vergangenen Jahr stellt sich mehr denn je die Frage, wie wir diejenigen bestmöglich integrieren können, die länger bei uns bleiben. Das wird ein Thema sein, das uns als Gesellschaft noch die nächsten Jahre begleiten wird und das, wenn wir es richtig angehen, viel Potenzial für uns alle bietet.

Bayern: Aber die Staatsregierung hat doch inzwischen bereits



Tasdelen im Gespräch mit jugendlichen Flüchtlingen in der Berufsschule B5 in Nürnberg

ein Integrationsgesetz vorgelegt. Reicht das nicht?

Tasdelen: Nein, der Gesetzentwurf der Staatsregierung wird dem Prinzip des Förderns und Förderns in keinsten Weise gerecht. Er formuliert fast ausschließlich Pflichten und teils absurde Sanktionen für die Migrantinnen und Migranten, macht aber kaum ver-

bindliche Angebote. Und er formuliert ein Gesellschaftsbild, das eher auf Abschottung denn auf Integration abzielt.

Bayern: Welche Vorteile bietet eine Enquete-Kommission?

Tasdelen: Eine Enquete-Kommission gibt uns die Gelegenheit, über ein solch grundlegendes

und zukunftsweisendes Thema in der gebotenen Gründlichkeit und jenseits der oft hektischen politischen Tagesaktualität diskutieren zu können. Außerdem betrifft Integration derart viele Politikfelder – Sprache und Bildung, Wirtschaft und Arbeit, Wohnen und Stadtentwicklung, Gesundheit und Pflege, um nur einige zu nennen –, dass es sinnvoll ist, ein Gremium einzurichten, in dem Abgeordnete aus unterschiedlichen Fachbereichen, aber auch Fachleute aus Wissenschaft und Praxis zusammenkommen.

Bayern: Wie stellt sich die SPD-Fraktion eine gelungene Integrationspolitik vor?

Tasdelen: Integration kann nur funktionieren, wenn sie auf Augenhöhe stattfindet. Dafür braucht es zweifellos Regeln und Pflichten, beispielsweise was das Erlernen der deutschen Sprache betrifft. Es muss aber auch entsprechende Angebote geben. Das bedeutet auch, dass wir die Potenziale der zu uns Kommenden ernst nehmen und bestmöglich fördern.

SPD wählt neuen Fraktionsvorstand

Turnusmäßig zur Halbzeit der Legislaturperiode hat die BayernSPD-Landtagsfraktion ihren Vorstand sowie die Sprecher der Arbeitskreise und die fachpolitischen Sprecherposten gewählt. Vorsitzender bleibt Markus Rinderspacher, und auch der Parlamentarische Geschäftsführer Volkmar Halbleib wurde im Amt bestätigt. Neu in den Vorstand zieht als stellvertretende Vorsitzende Margit Wild aus Regensburg ein. Wiedergewählt als Vizes wurden Hans-Ulrich Pfaffmann aus München



V.l.: Halbleib, Strohmayer, Pfaffmann, Rinderspacher, Wild

und Dr. Simone Strohmayer aus Schwaben.

Neu gewählt wurde Doris Rauscher an die Spitze des Arbeitskreises Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Harald Güller leitet künftig den Arbeitskreis Staatshaushalt und Finanzfrage. Florian von Brunn ist verantwortlich für Umwelt und Verbraucherschutz. Und Alexandra Hiersemann für den Arbeitskreis Eingaben und Beschwerden. In ihren Funktionen an der Spitze der weiteren Arbeitskreise bestätigt wurden Martin Güll (Bildung), Dr. Linus Förster (Bund und Europa), Horst Arnold (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), Stefan Schuster (Öffentlicher Dienst), Kathrin Sonnenholzner (Gesundheit und Pflege), Dr. Paul Wengert (Kommunales, Innere Sicherheit und Sport), Franz Schindler (Verfassung und Recht), Annette Karl (Wirtschaft und Verkehr) sowie Isabell Zacharias (Wissenschaft und Kunst).

Heimkinder: Sozialministerium versagt

In den letzten Wochen sind skandalöse Missstände bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen in bayerischen Heimen zutage getreten. So wurden Kinder präventiv oder zur Strafe eingesperrt – oft mehrfach am Tag für mehrere Stunden. Die SPD-Abgeordnete Alexandra Hiersemann ist empört über das Versagen des Sozialministeriums, das die Vorgänge auf Nachfrage sogar zunächst fälschlicherweise abgestritten hatte: „Das Ministerium ist offenbar völlig ahnungslos, was in diesen Einrichtungen geschieht, und nimmt die Fachaufsicht nicht wahr.“

Dabei legt das Grundgesetz klar fest: Die „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern“. Kinder haben dabei ein Recht auf eine „gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig“, sagt das Bürgerliche Gesetzbuch.

Derartige Maßnahmen dürfen also nur im Ausnahmefall angewandt werden, insbesondere, wenn die Gefahr besteht, dass sich ein Kind „erheblichen gesundheitlichen Schaden zufügt“. Solche Maßnahmen müssen laut Bundesgerichtshof derzeit allerdings nicht von einem Richter (wie bei Erwachsenen) genehmigt werden, sondern von den Erziehungsberechtigten. Die Eltern müssen bisher eine solche pauschale Genehmigung abgeben, wenn sie ihr Kind in einem Heim anmelden. Und genau hier liegt ein strittiger Punkt in der aktuellen Diskussion. Sollten Richter über freiheitsbeschränkende Maßnahmen (mit-)entscheiden und werden Eltern unter Druck gesetzt, einen Blankoschein bei der Anmeldung zu unterschreiben? Für Hiersemann ist klar: „Entscheidend sollte das Wohl des Kindes sein. Ob der von Sozialministerin Müller einberufene ‚Expertenrat‘ hier Klarheit bringen wird, bleibt fraglich.“

Weiß-Blau in Schwarz-Rot-Gold

Der Freistaat ist im Fußball- und Sportfieber – nicht nur jetzt zur EM

VON CARO ARNS

Der Freistaat ist ein Fußballland: Nicht nur, dass das Flaggsschiff, der FC Bayern München, einen Titel nach dem anderen einheimst und offenbar ein Abo auf die Meisterschale hat. Auch Augsburg und Ingolstadt haben sich jüngst gut geschlagen, die Würzburger Kickers haben es in die 2. Bundesliga geschafft, selbst der ewige Unglücksrabe 1860 München spart sich in diesem Jahr die Relegation ... und die Nürnberger werden den Aufstieg in die erste Liga nächstes Jahr garantiert perfekt machen.

Beste Voraussetzungen, um sich mit Begeisterung auf die Europameisterschaft in Frankreich vorzubereiten. Da viele Spiele erst um 21 Uhr angepfiffen werden, hat auch der Bundesrat reagiert und eine Ausnahmeregelung zum Lärmschutz beschlossen – zum Glück für viele fußballverrückte Fans in Bayern, die die Spiele nicht allein daheim vor dem Fernseher, sondern lieber mit Freunden im Biergarten oder in den großen Public-Viewing-Arenen verfolgen möchten.

Auch abseits des Profifußballs verbindet Sport die Menschen in Bayern: Jung und Alt, mit

und ohne Behinderungen, mit und ohne Migrationshintergrund. „Gemeinsamer Sport ist viel mehr, als hinter einem Ball herzulaufen“, schwärmt die sportpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion, Diana Stachowitz. „Sport ist die einfachste und natürlichste Variante, Menschen mit unterschiedlichen Vorgeschichten zusammenzubringen.“

Damit das so bleibt, ist vor allem auch der Staat gefordert, meint ihr Sport-Kollege in der Fraktion, Harald Güller. „Was wären die Städte und Gemeinden ohne ein umfassendes Sportangebot – und

was wären diese Angebote ohne Ehrenamtliche?“, fragt Güller. „Es muss viel mehr getan werden, um diese Angebote für alle zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem eine Finanzierung für die Vereine, auf die sie sich verlassen können. Wenige Integrationsprogramme sind so einfach und wirksam wie ein örtlicher Sportverein, in dem Flüchtlinge mitmachen können.“

Auch die Kleinen sollten mit Sport früh anfangen – da sind sich die Experten der SPD-Fraktion im Landtag einig. „Angesichts der dramatischen Zahl übergewichtiger und sogar adipöser Kinder

„Fußball schau ich nicht allein, da lade ich mir Freunde ein. Und weil es wieder ein Sommermärchen werden könnte, hoffe ich auf schönes Wetter, schmeiße den Grill an und versuche, den Fernseher so nah wie möglich an die Terrasse heranzuholen, damit wir von draußen nach drinnen schauen können. Für gute Stimmung sorgen dann hoffentlich viele Tore unserer Jungs und natürlich der Grill.“

Harald Güller, Augsburg



Foto: Güller

„Ich bin unentschlossen, was das Beste an der EM ist: Public Viewing? Panini-Bilder einkleben mit meinem kleinen Sohn? Oder einfach die Lust am Fußball? Egal: Selbst bei Begegnungen wie Island gegen Ungarn werde ich mitfiebern!“

Isabell Zacharias, München



Foto: Zacharias



Foto: Woerlein

„Mein EM-Highlight: Panini-Bildchen! Das Sammeln und Einkleben der Bilder und das Durchblättern des Albums erhöhen die Vorfreude und sind im übertragenen Sinn der ‚Adventskalender‘ zur EM. So kenne ich die Spieler schon, bevor es losgeht.“

Herbert Woerlein, Stadtbergen



Foto: Stachowitz

„Die Begeisterung für Fußball bringt alle Menschen zusammen – und das am besten beim Public Viewing in unseren schönen bayerischen Biergärten. Denn was gibt es Schöneres, als unsere Mannschaft gemeinsam anzufeuern? Mehr bayerische Lebensfreude geht nicht!“

Diana Stachowitz, München

„Meine ‚erste‘ EM war die in Italien 1980. Damals war ich elf und mein Lieblingsspieler war Hans-Peter Briegel, die ‚Walz aus der Pfalz‘. Deutschland wurde Europameister: 2:1 im Finale gegen Belgien. 36 Jahre danach wünsche ich unserer Mannschaft wieder Briegels Entschlossenheit. Dann wird’s wieder was mit dem Titel!“

Markus Rinderspacher, München



Foto: Rinderspacher

„Die deutschen Spiele schaue ich, soweit es mir möglich ist, auf jeden Fall beim Public Viewing in Kulmbach. Dort herrscht eine super Stimmung und ich bekomme jedes Mal Gänsehaut. Da freu ich mich schon jetzt drauf!“

Inge Aures, Kulmbach



Foto: Aures



Foto: Tasdelen

„Fußball verbindet über Landesgrenzen hinweg. Als leidenschaftlicher Hobbyfußballer fiebere ich natürlich auch bei der EM mit und drücke sowohl der türkischen Mannschaft, aber auch den Jungs von unserer deutschen Nationalmannschaft die Daumen!“

Arif Tasdelen, Nürnberg

Wohnzimmerfiebern oder Rudelgucken? SPD-Abgeordnete zur EM

ist es entscheidend, früh die Weichen richtig zu stellen.“ Bedeutet: Nicht erst, wenn es im Teenageralter zu spät ist, sondern schon in der Kita spielerisch an Bewegung heranführen und in der Grundschule mit drei Pflichtstunden beginnen.

Wohin es führen kann, wenn sich alle gesellschaftlichen Gruppen für Sport begeistern, lernt Diana Stachowitz momentan kennen: Inklusiver Fußball ist ihr ein Herzensanliegen, daher freut sie sich besonders über die Gründung vieler neuer inklusiver Fußballmannschaften. Das Besondere: Einige der Spieler sind blind. „Fußball ist nicht nur bei Kindern die Nr. 1 im Sport. Klar, dass hier Inklusion am besten funktioniert“, betont Stachowitz. „Im Sport gibt es kaum Berührungsängste – und erst recht nicht im Fußball. Ob als Spieler oder als Fan zur EM.“



„Ich freue mich auf gemütliche Fernsehbede, an denen ich immer dem schöner spielenden Team die Daumen drücke.“

Kathi Petersen,
Schweinfurt

„Auch wenn ich jetzt nicht der absolute Fußballfan bin, schau ich mir natürlich immer wieder interessante Spiele an. Da fiebern wir schon mit.“



Reinhold Strobl, Schnaittenbach

„Klar fiebere ich für die deutsche Mannschaft mit. Aber mein Herz schlägt natürlich für den 1. FC Nürnberg! Daher schaue ich die EM-Spiele zusammen mit meinen Freunden vom Fanclub ‚Sozis für den Club‘.“

Stefan Schuster, Nürnberg



DFB-Vize Rainer Koch im Interview

„Endspiel-Tipp: Deutschland gegen Belgien!“

Wenn sich einer mit deutschem und bayerischem Fußball gleichermaßen auskennt, dann er: Rainer Koch ist Vizepräsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und Präsident des Bayerischen Fußball-Verbandes (BFV). In seiner Freizeit sitzt er für die SPD im Gemeinderat von Poing. Doch die nächsten Wochen hat er wohl – wie die allermeisten Bayern – nur Fußball im Kopf.

Bayern: Der FC Bayern München ist wieder mal Meister. Wird sich der DFB-Vize auch über den deutschen EM-Titel freuen dürfen?

Rainer Koch: Aus deutscher Sicht hoffen wir natürlich, dass unsere Nationalmannschaft um den Titel mitspielt. Sie hat gute Chancen, weit zu kommen. Noch wichtiger ist aber, dass die Europameisterschaft in Frankreich friedlich verläuft und wir gemeinsam ein klares Zeichen setzen. Wir stehen zusammen und lassen unsere gesellschaftlichen Werte nicht von Terroristen zerstören.

Bayern: Haben Sie Zeit, alle Spiele zu sehen?

Koch: Ich bin Teil der DFB-Delegation in Frankreich und werde bei allen deutschen Spielen vor Ort sein.

Bayern: Ist der DFB nach den Querelen des Vorjahres wieder stabil?

Koch: Wir haben im letzten Oktober gesagt, dass wir den DFB bis zur EM in Frankreich neu ordnen und wieder handlungsfähig aufstellen wollen. Das haben wir geschafft. Weitere Reformschritte werden wir beim anstehenden DFB-Bundestag im November vollziehen. Vor allem haben wir alles für uns Mögliche getan, um die wichtigen Fragen rund um die WM-Vergabe im Jahr 2000 und die Zahlungsflüsse der 6,7 Millionen Euro in den Jahren danach unabhängig und ohne Ansehen von Personen aufzuklären und den Freshfields-

Bericht transparent öffentlich gemacht. Ich hoffe, dass Bundesanwaltschaft, Staatsanwaltschaft und US-Behörden noch weitere Erkenntnisse beisteuern können.

Bayern: Haben oder hatten Sie nach den Anschlägen von Paris bei der EM Sicherheitsbedenken?

Koch: Nein, ich gehe davon aus, dass die Franzosen alles tun werden, um die Sicherheit zu gewährleisten. Wir haben auch unsere Pläne alle optimiert. Für mich ist eines völlig klar: Wir dürfen uns dem Terror nicht beugen.

Bayern: Kann der Fußball unter diesen Umständen, auch wenn man die Posse um Blatter und Platini bedenkt, die Menschen immer noch bedingungslos begeistern?

Koch: Die Fußballbegeisterung ist ungebrochen. Aber natürlich sehen viele Menschen auch an der Amateurfußball-Basis momentan die Arbeit der großen Sportverbände sehr kritisch. Hier wird vieles in einen Topf geworfen. Es liegt an uns, durch transparentes Handeln Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Bayern: Als bayerischer Verbandspräsident: Was wäre die deutsche Elf ohne den FC Bayern?

Koch: Immer noch eine gute Nationalmannschaft. Aber Spieler wie Manuel Neuer, Jérôme Boateng oder Thomas Müller sind ganz wichtige Eckpfeiler unserer Elf. Und sie bringen eine absolute Sieger-Mentalität mit.

Bayern: Was würden Sie sich von der bayerischen Politik in der Fußball- und Sportförderung wünschen?

Koch: Ohne die ehrenamtliche Leistung aller Verbands- und Vereinsmitarbeiter könnten viele für die Gesellschaft wertvolle Leistungen der Sportvereine nicht erbracht werden. Das Vereinsleben ist wesentlicher Bestandteil unserer Heimat. Gemeinsames Ziel von Städten, Gemeinden und Verbänden muss es daher sein, dass in allen Regionen Bayerns so viele Vereine wie nur möglich erhalten bleiben.



Hat ein Herz für die SPD – und brennt für den Fußball: Rainer Koch

Der Bayerische Fußball-Verband hat deshalb bereits 2004 mit einer umfassenden Strukturreform des Verbandes begonnen und 2011 die Kampagne „Pro Amateurfußball“ für seine Vereine gestartet. Das alleine wird auf Dauer aber nicht reichen, um den Amateur- und Breitenfußball überall zu erhalten. Der ehrenamtlich geführte Vereinssport braucht die Unterstützung des Freistaats und der Kommunen. Insbesondere dort, wo die Vereine sozialpolitische und gesellschaftspolitische Aufgaben übernehmen, zum Beispiel in der Flüchtlingshilfe, der Gewaltpräventions- und der Integrationsarbeit. Es ist nicht einzusehen, warum Fanprojekte für Bundesligavereine von Städten und Freistaat mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützt werden, der BFV seine Aufgaben im Bereich der Sozialarbeit hingegen ohne vergleichbare Zuschüsse bewältigen muss. Auch der Betrieb und die Unterhaltung der Sportschule Oberhaching müssen weit mehr als bisher zu einem Anliegen des Freistaats Bayern werden.

Bayern: Noch ein Blick in die Glaskugel: Kommen wir ins Endspiel? Gegen wen? Und wie geht's aus?

Koch: Ich tippe auf ein Endspiel Deutschland gegen Belgien. Ergebnis: 2:1.

(Das Interview wurde zwei Wochen vor der EM geführt.)

Jede vierte bayerische Gemeinde ohne Lebensmittelmarkt

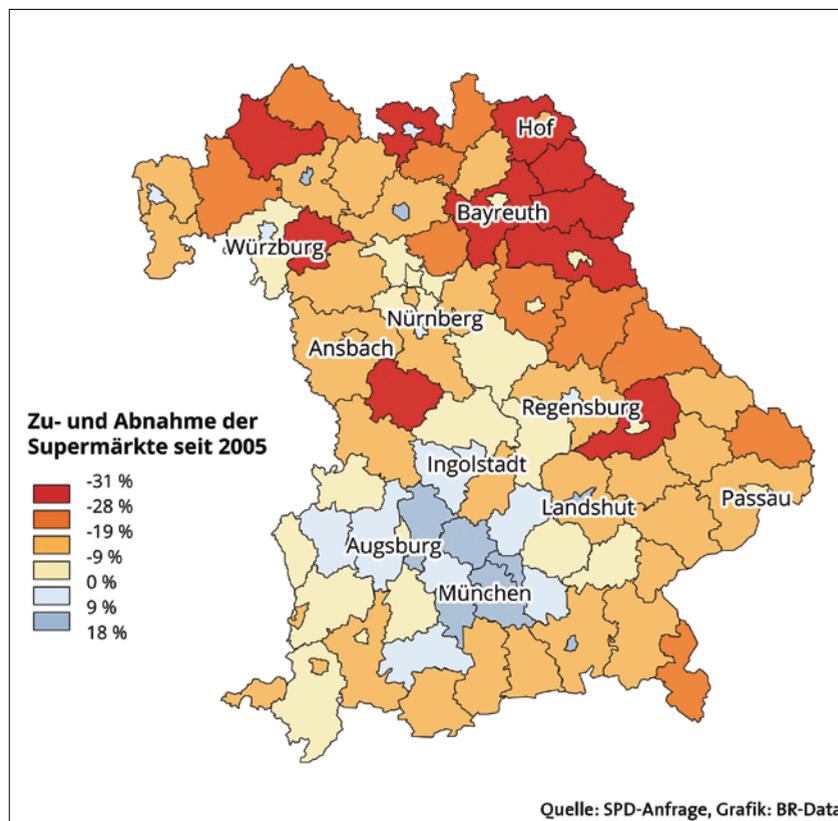
SPD-Abgeordneter Klaus Adelt deckt besorgniserregende Entwicklung auf – Staat muss Kommunen helfen

Schnell mal noch Brot, Butter, Eier und Tiefkühlpizza einkaufen – das ist in jeder vierten bayerischen Gemeinde schon jetzt nicht mehr möglich. Denn in 510 Kommunen, teilweise mit mehreren Tausend Einwohnern, gibt es keinen Lebensmittelmarkt mehr. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Läden von 6501 auf 5883 gesunken, wie das bayerische Wirtschaftsministerium auf eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Klaus Adelt einräumen musste. Er kümmert sich als Sprecher der SPD-Fraktion für kommunale Daseinsvorsorge intensiv um diese alarmierende Entwicklung. 158 Gemeinden im Freistaat haben nicht einmal mehr einen Bäcker oder Metzger. Der SPD-Politiker Adelt fordert deshalb staatliche Unterstützung: „Wenn Marktmechanismen dazu führen, dass die Nahversorgung in der Fläche gefährdet ist, muss es Aufgabe der öffentlichen Hand sein, etwas dagegen zu tun.“ Als Grund für den Rückzug aus den ländlichen Regionen

sieht Adelt einen tief greifenden Strukturwandel und Konzentrationsprozess im Lebensmitteleinzelhandel.

Das liegt vor allem an den großen Discountern. „Die Verlierer dieser Entwicklung sind die kleinen Supermärkte mit einer Verkaufsfläche von bis zu 400 Quadratmeter. Das betrifft die Ortskerne im ländlichen Raum ebenso wie einzelne Viertel in Großstädten“, erklärt Adelt und warnt vor einem Teufelskreis: „Wenn das Lebensmittelgeschäft vor Ort schließt, stirbt auch ein großes Stück an Lebensqualität. Gerade die ältere Bevölkerung ist auf eine wohnortnahe Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs angewiesen und junge Familien ziehen gar nicht erst in eine Gemeinde, die keinerlei Einkaufsmöglichkeiten bietet.“

Der SPD-Politiker, der früher selbst mit seiner Mutter einen kleinen Lebensmittelladen im oberfränkischen Selbitz führte, weiß, dass Dorf- und Stadtteilläden eine Schlüsselrolle bei der



Sicherung der Nahversorgung haben. Über 100 von ihnen wurden in den letzten zehn Jahren bayernweit gegründet. Fakt ist aber auch, dass statistisch einem neuen Dorfladen sechs geschlossene Supermärkte gegenüberstehen. Im Schnitt machten in den letzten 15 Monaten monatlich fünf Läden zu.

Adelt wirbt deshalb um Unterstützung für Dorf- und Stadtteilläden. So sollen bei den Bezirksregierungen Servicestellen eingerichtet werden, die als zentrale Ansprechpartner beratend zur Seite stehen. Nahversorgung muss zudem als kommunale

Pflichtaufgabe festgeschrieben werden. Nur dann dürfen klamme Kommunen die Projekte nämlich finanziell unterstützen. Und der Freistaat muss die Neugründung erleichtern, indem bürokratische Hürden beseitigt und finanzielle Hilfe gegeben wird.

Adelt warnt: „Jede vierte Kommune hat keinen Supermarkt mehr und was macht die Staatsregierung? Sie gibt ein Handbuch zur Gründung von Dorfläden heraus. Das ist zu wenig. Wenn wir nichts gegen das Ladensterben tun, werden noch mehr schließen. Der Markt regelt eben nicht alles. Wir werden hier kämpfen.“



Klaus Adelt besucht einen Dorfladen in Röttenbach, um sich ein Bild vor Ort zu machen.

Bayerische Alpen dürfen nicht dem Kommerz geopfert werden

Kaputte Böden, gerodete Waldflächen, bis zu 70 Prozent weniger Wasser in Flüssen und Bächen, an Erschöpfung gestorbene Wildtiere. Das alles sind Folgen der fortschreitenden Umweltzerstörung in den Bayerischen Alpen, hervorgerufen durch Wintersport und anderen Tourismus. „Die Alpen dürfen nicht dem Kommerz zum Opfer fallen“, warnt der umweltpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Florian von Brunn. Die CSU gehe den falschen Weg, sie setze nur auf Wachstum. Nachhaltigkeit sei ihr fremd. „Da werden neue Schnee-

kanonen mit Steuergeldern subventioniert, immer neue Straßen gebaut und geplant und Bus und Bahn vernachlässigt und es sollen in Zukunft Gewerbegebiete ohne Anbindung an Ortschaften zugelassen werden“, ärgert sich der Münchner Abgeordnete.

Dabei gibt es klare Vorgaben, wie mit den Alpen umgegangen werden muss: den Alpenplan von 1972. Er regelt die Zulässigkeit von Verkehrserschließungen, etwa durch Bergbahnen, Straßen und Wege. Dieser Alpenplan droht nun aufgeweicht zu werden, befürchtet die SPD-Fraktion.

Eine Genehmigung der geplanten Skischaukel am Riedberger Horn im Oberallgäu in der strengsten Schutzzone wäre ein schlimmer Präzedenzfall.

Die SPD lehnt solche Projekte ab. „Wir fordern mehr umweltfreundlichen Tourismus, einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und wir wollen Berglandwirtschaft und regionale Vermarktung stärken. Das fördert den Fremdenverkehr, erhält die Kulturlandschaft und traditionelle Arbeitsplätze“, unterstreicht der Vize-Fraktionschef der SPD, Hans-Ulrich Pfaffmann.



Florian von Brunn

Bayern braucht einen „Marshallplan Polizei“

Polizei im Freistaat kämpft mit massiven Personalengpässen und Überstunden

Die bayerische Polizei ist chronisch unterbesetzt. Derzeit fehlen knapp 2500 Vollzeit-Beamte, neun Prozent aller Polizeidienststellen sind unbesetzt. Um das auszugleichen, wurden allein im vergangenen Jahr über 1,6 Millionen Überstunden gemacht. Diese beunruhigenden Zahlen sind durch eine Anfrage der Landtagsvizepräsidentin Inge Aures an das Innenministerium ans Licht gekommen. Die SPD-Abgeordnete betont: „Der Sparkurs der CSU-Staatsregierung darf nicht zu Lasten der Sicherheit gehen. Wir brauchen eine verlässliche Polizeipräsenz, gerade auch in den ländlichen Regionen.“

Innenminister Joachim Herrmann tue nicht genug, um das Problem in den Griff zu bekommen, kritisiert die SPD-Politikerin. „Selbst die im Nachtragshaushalt vorgesehenen zusätzlichen 500 Stellen können frühestens nach Beendigung der Ausbildung im September 2018 besetzt werden. Bis dahin sind aber schon weitere knapp 2700 Beamte in Rente gegangen. Der Plan des Ministers ist also eine Milchmädchenrechnung. Das Personal muss schnell und effektiv aufgestockt werden. Wir brauchen einen konkreten

Entwicklungsplan für die bayerische Polizei – einen ‚Marshallplan Polizei‘!“

Der Polizeisprecher der SPD-Fraktion, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, fordert neben einer großen und nachhaltigen Strategie auch kurzfristige Maßnahmen, um die Situation der Polizeikräfte zu verbessern. „Die Schmerzgrenze ist erreicht. Das Innenministerium muss alles tun, um Zehntausende völlig überarbeitete Polizistinnen und Polizisten zu entlasten.“ Gantzer regt unter anderem an, die Beamtinnen und Beamten von polizeifremden Aufgaben, etwa der Begleitung von Schwertransporten, zu befreien. Außerdem sollen Tarifbeschäftigte, die keine klassische Polizeiausbildung haben, vermehrt für Verwaltungsaufgaben eingestellt werden.

Die bayerische Polizei zahle jetzt die Zeche für jahrelange Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, kritisiert der Sprecher für Fragen des öffentlichen Dienstes, Stefan Schuster. „Jahrelang wurden Stellen abgebaut. Das kommt uns jetzt teuer zu stehen. Ohne Polizei funktioniert das öffentliche Leben nicht. Wenn wir so weitermachen, kommt es irgendwann zum großen Knall.“

SPD verleiht Münchner Bürgern den Hoegner-Preis für Willkommenskultur



Dieter Reiter, der es sich nicht nehmen ließ, mit der Band Dreiviertelblut zu spielen

Für ihr beispielhaftes Verhalten gegenüber Flüchtlingen haben die Münchner Bürgerinnen und Bürger den diesjährigen Wilhelm-Hoegner-Preis erhalten. Die höchste Auszeichnung, die die BayernSPD-Landtagsfraktion zu vergeben hat, nahm stellvertretend Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter entgegen.

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher sagte: „Mit dieser Auszeichnung würdigen wir das großartige Engagement. Sie soll eine Ermutigung sein, den Einsatz im Zeichen der Mitmenschlichkeit fortzusetzen.“ Rinderspacher mahnte: „Lassen Sie uns denen, die versuchen, mit Hassparolen und Panikmache das

gesellschaftliche Klima zu vergiften, keinen Fußbreit Platz in München, in Bayern, in Deutschland und in Europa geben.“

Als Laudatorin sagte Bundesintegrationsministerin Aydan Özoğuz: „München hat dafür gesorgt, dass die ganze Welt ein hilfsberechtigtes und solidarisches Deutschland kennenlernen konnte.“ OB Reiter kritisierte in seiner Dankesrede die CSU-Flüchtlingspolitik: „Wer, wie die CSU, Zäune und Obergrenzen fordert, muss in der Konsequenz auch bereit sein, sie zu verteidigen, und bereit sein, von den Griechen zu verlangen, die Flüchtenden und ihre Kinder wieder ins Mittelmeer zurückzuschicken.“

Milchpreis: Agrarexperte fordert Reduzierung der Milchmenge

An einer Reduzierung der Milchmenge führt aus der Sicht des SPD-Agrarsprechers Horst Arnold kein Weg vorbei, wenn man den existenzbedrohenden Verfall des Milchpreises stoppen will. „Die wirtschaftliche Situation der Landwirte ist verheerend. Viele Tierhalter geben auf, weil der Milchpreis seit geraumer Zeit nicht mehr die Entstehungskosten deckt. Wer unsere bäuerliche Landwirtschaft – besonders in den Grünlandgebieten – erhalten und schützen will, darf sich einer branchenfinanzierten Lösung zur Reduzierung der Milchmenge nicht länger verschließen“, sagt der Fürther Abgeordnete.

Die Ende Mai beim Milchgipfel beschlossenen Soforthilfen in Höhe von 100 Millionen Euro seien ebenso wenig hilfreich wie Steuererleichterungen. „Auf diese Weise bekämpft die CSU nicht

die Krise, sie behandelt lediglich die Symptome“, erklärt Arnold. „Wir brauchen Instrumente, die die Mengen im Fall einer Krise reduzieren, um die bäuerliche Struktur zu erhalten. Bayern als Milchland Nummer eins steht in der Pflicht, die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum zu erhalten und zu stärken – dass nun gerade ein bayerischer Bundeslandwirtschaftsminister diese Tatsache ignoriert, ist skandalös!“, zeigt sich Arnold empört.

Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern ist von der Land- und Forstwirtschaft abhängig. Über 25 Prozent der deutschen Milch werden durch die rund 35.000 bayerischen Milchviehhalter produziert und von 63 größeren Molkereiunternehmen und einer Vielzahl kleiner Direktvermarkter mit rund 12.000 Arbeitsplätzen verarbeitet.



Polizeibeamte auf dem Münchner Oktoberfest

Bayerisches Bier feiert 500 Jahre Reinheitsgebot

Im April 1516 wurde das Bayerische Reinheitsgebot erlassen. Heute, genau 500 Jahre später, können wir stolz sein auf dieses ganz besondere Gütesiegel – die älteste heute noch gültige Lebensmittelverordnung der Welt. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es eine solche Biertradition. Das Bayerische Bier ist in der ganzen Welt bekannt und beliebt. Fast die Hälfte aller deutschen Braustätten befindet sich in Bayern, die meisten davon in Franken. „Unser Bayerisches Bier ist allseits beliebt und auch ein attraktiver Exportartikel“, unterstreicht Martina Fehlner, tourismuspolitische Sprecherin, die ökonomische und touristische

Bedeutung. „Die große Dichte der privaten, traditionsreichen Familienbrauereien zeigt, wie liebevoll, aber auch wie kreativ und innovativ wir mit unserem Nationalgetränk umgehen. Das Bayerische Bier hat unsere einzigartige Wirtshauskultur mitgeprägt, die bayerische Gastlichkeit wird weltweit hoch geschätzt. Eine echte Erfolgsstory also.“ Eine echte Erfolgsstory gab es vor Kurzem übrigens auch in Martina Fehlners Heimat Unterfranken. Sabine-Anne Ullrich aus Bürgstadt (Landkreis Miltenberg) ist als erste Fränkin (und Unterfränkin) überhaupt zur Bayerischen Bierkönigin 2016 gekrönt worden. „Darüber habe ich mich



Martina Fehlner

natürlich riesig gefreut. Ich bin wirklich stolz auf unsere neue Bierkönigin. Sie ist eine charmannte und kompetente Botschafterin eines Vorzeigeproduktes unseres Landes.“



Karikatur: Heiko Sakurai



Margit Wild, neues Vorstandsmitglied: „Menschlichkeit, Respekt, Verantwortung.“

Als ich 1986 begonnen habe, in einer schulvorbereitenden Einrichtung als heilpädagogische Förderlehrerin zu arbeiten, lernte ich schnell drei elementare Grundsätze: Respekt vor allen Menschen zu haben, die Einzigartigkeit eines jeden von uns zu erkennen und die Freude am Leben zu schätzen. Die Erlebnisse und Erfahrungen meines langen Berufslebens begleiten mich auch heute noch und stellen meine politischen Prinzipien dar: Menschlichkeit, Respekt und Verantwortung.

Entsprechend habe ich mein politisches Ziel gesetzt: Leben in einer menschlichen und gerechten Gesellschaft ermöglichen. Das ist ein sozialdemokratisches Kernanliegen, das ich vor allem bei Inklusion und Integration umsetzen möchte. Das bedeutet: frühes Erkennen und Fördern von Potenzialen, qualifizierte Sprachförderung, gute Ausbildungsangebote und Arbeitsplätze. Als langjährige Kommunalpolitikerin ist mir der finanzielle Handlungsspielraum unserer Gemeinden wichtig: Bildung und Infrastruktur dürfen nicht von der Kassenlage der Kommunen abhängig sein, sondern müssen vom Freistaat gefördert werden.

Termine

18. Juni, 14.30 Uhr, Bay. Landtag
Empfang Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler

1. Juli, 20.30 Uhr, Bay. Landtag
Podiumsdiskussion zu ethnischer Vielfalt i. d. Medien

13. Juli, 19.00 Uhr, Bay. Landtag
Kaminkehrer-Empfang

23. Juli, 10.00 Uhr, Bay. Landtag
Sportkonferenz, Thema: Inklusion im Sport

Mehr unter:
bayernspd-landtag.de/presse

Schwarz-Gelb in Not: SPD unterstützt bayerische Bienen

Wenn es jetzt wieder überall summt, freut sich die SPD-Abgeordnete Ruth Müller über den sprichwörtlichen „Bienenfleiß“ der Tiere. Sie machen nicht nur Honig, sondern bestäuben auch noch 80 Prozent der Nutz- und Wildpflanzen. Trotzdem ist die Biene in Gefahr: Zu wenig Artenvielfalt in Landwirtschaft und Gärten erschwert die Nahrungssuche. Hinzu kommen Seuchen und giftige Pestizide. Doch Müller kämpft für die Bienen: Die Niederbayerin hat dafür

gesorgt, dass sich auch am Bayerischen Landtag Bienenvölker tummeln – hier stehen seit vergangem Jahr Bienenstöcke. Außerdem hat sie das Landwirt-



Ruth Müller

schaftsministerium aufgefordert, sich endlich gegen die Pestizide einzusetzen und bienenfreundliche Kommunen auszuzeichnen. „Aber nicht nur die Städte, sondern jeder Einzelne kann helfen, die Biene zu schützen“, betont Müller. „Über bestimmte Pflanzen im eigenen Garten und auf dem Balkon freuen sich die Bienen besonders.“ Diese hat die SPD-Fraktion in einem Blühkalender aufgelistet, der unter bayernspd-landtag.de heruntergeladen werden kann.